rufen der Feuerwehr muss bei Bränden oder wenn Menschenleben in Gefahr, durch die öffentlichen Feuerwehler oder durch die Polizei- und Feuerwehren oder durch Fernsprecher gewünscht wird, welches bereits gelöscht ist, sowie Schorsteinbrände sind an den Polizei- oder Feuerwachen direkt oder durch Fernsprecher zu melden, dergleichen kleinere Unfälle, bei welchen die Hilfe der Feuerwehr gewünscht wird. Die missbräuchliche Benutzung der Feuerwehler wird gerichtlich bestraft. Bei Meldungen durch den Fernsprecher ist der Anruf für die Feuerwehr: „Bitte Hauptfeuerwache Hamburg“, ohne Nennung von Gruppe und Nummer. Die Feuerwehler sind derart über das ganze Stadtgebiet verteilt, dass von jedem Punkte der Stadt in 2-3 Minuten ein Feuerwehler zu erreichen ist. Die Durchschnittsentfernung eines Punktes von einem Wehler beträgt 250 bis 300 Meter. Vorhanden sind 100 öffentliche Feuerwehler u. z. 140 Stützen-, 147 Wand- und 22 Hauswehler sowie 15 Feuer- u. Polizeiwachen. Ausserdem sind 224 Privatwehler mit 382 Nebenfeuerwehler in verschiedenen Gebäuden, Theatern, größeren Lokalen, Versammlungsräumen, Krankenhäusern, und besonders feuergefährlichen Betrieben. Die Privatfeuerwehler dürfen nur benützt werden, wenn in dem betreffenden Gebäude selbst die Hilfe der Feuerwehler gebraucht wird oder wenn das Gebäude durch ein Feuer in der Nachbarschaft gefährdet ist. Soweit die mit roter Farbe gemalten Feuerwehler nicht an der Aussenseite von Gebäuden oder als freitretende Säulenmelder angebracht sind, befinden sich dieselben innerhalb von Gebäuden, welche letztere dann durch ein rotes Schild mit weisser Aufschrift „Feuerwehlerstelle“ gekennzeichnet sind. Zum besseren Auffinden der nächsten Feuerwehlerstelle sind im übrigen über oder neben jedem Postbriefkasten, sowie in einigen Stadtteilen an den Strassenecken, Hinweischilder angebracht. Das Zentralbüro des Feuerlöschwesens befindet sich auf der Hauptfeuerwache, Berlinerthor, Bureau-Nummern 8-4 Uhr. Das Personal und Material der Feuerwehr ist in 13 Feuerwachen untergebracht. Das Personal besteht aus dem Stadtkommandanten, 2 Oberführern, 8 Hauptführern, 141 Unterführern, 697 Feuerwehler hat 11 Mannschaftswagen, 8 kleine Dampfpritzen, 4 grosse Dampfpritzen, 18 Motorspritzen, 16 Schiffsdampfpritzen, 12 grosse Leitern, 4 Gaspritzen, 2 Schaumlöschfahrzeuge, 8 Feuerlöschboote, 7 Gerätewagen, 1 Übungswagen, 1 Telegraphen-Stromwagen, 4 Hilfskraftwagen, 1 elektrisch angetriebener Ventilator, 1 elektrisch angetriebener Scheinwerfer, 25 Schlauchkarren, 2 Abtropfspritzen, 7 Flugelwagen für kleine Hilleleistungen, 2 Benzinpumpen, 5 Dienstautos, 2 Lastkraftwagen, 87 Fahrräder. Von vorgemerkten Leuchtfahrzeugen besitzen wir ein elektrisches, 15 benzinelektrisches und 24 rein Benzinmotorboote, die drei Feuerlöschboote sind Benzinmotorboote.

Die Feuerwehr leistet unentgeltliche Hilfe im Bereiche der Stadt bei Schadenfeuer sowie bei Gefährdung von Menschen, Tieren und Gütern infolge von Unfällen, bei Verletzungen von Personen (Anliegen von Notverwandten) und bei Verkehrsstörungen. Für auf öffentliche Leistungen innerhalb der Stadt Hamburg sowie für jede Hilfe für Wasserfahrzeuge ist eine Gebühr zu entrichten.

Im übrigen wird verwiesen auf die Zusammenstellung von Gesetzen und Verordnungen am Anfang dieses zweiten Bandes. (Gesetz betr. Feuerlöschwesen usw., Nr. 54-59).

Hamburger Feuerkasse

Kurze Mühren 20, C 2 Bismark 2541

Die Hamburger Feuerkasse ist eine auf dem Gesetz vom 18. Juli 1928 beruhende gesetzliche Vereinigung der Gebäudeeigentümer zu gegenseitiger Versicherung ihrer auf hamburgischen Staatsgebiet gelegenen Gebäude gegen Feuer und dem gleichgestellten Ereignisse.

Die Verwaltung der Feuerkasse wird geführt von der Feuerkassendeputation, die aus 2 Senatsmitgliedern als Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden, 8 nach Maßgabe des Verwaltungsgesetzes durch die Bürgerschaft zu wählenden bürgerlichen Mitgliedern und dem Direktor der Feuerkasse besteht.

Für die Aufnahme eines Gebäudes in die Feuerkasse ist eine Schätzung des Wertes desselben durch die von der Feuerkassendeputation bestellten Schätzer oder Beurter erforderlich. Der Schätzwert wird nach den Baupreisen von 1914 festgestellt. Die Vollversicherung wird für alle Grundstückseigentümer automatisch durchgeführt, indem für die Einziehung der Beiträge ein der jeweiligen Änderung der Baupreise Rechnung tragende Richtzahl festgesetzt wird.

Die Versicherung bei der Feuerkasse erstreckt sich auf Schäden, die an den versicherten Gebäuden entstehen durch Brand, Blitzschlag, Explosionen und die zur Löschung von Bränden getroffenen Massnahmen. Die Höhe der Entschädigung wird nach Ausführung einer von den Schätzern oder Beurtern der Feuerkasse vorzunehmenden Schätzung festgesetzt.

Siehe auch Feuerkassengesetz am Anfang dieses zweiten Bandes.

Gerichtsvollzieheramt

Verwaltungsgebäude, Dammtorwall 57/61.

In Hamburg ist das Gerichtsvollzieherwesen dem Gerichtsvollzieheramt unterstellt. Sämtliche Aufträge, Anfragen usw. sind an das Gerichtsvollzieheramt zu richten. Das Amt erhebt die Gebühren und Auslagen für Rechnung der Staatskasse und sorgt für ordnungsmässige und pünktliche Erledigung der Aufträge. Bestehen hiernach zwischen den Auftraggebern und den ausführenden Beamten eigentlich keine unmittelbaren Beziehungen, so ist es den einzelnen Auftraggebern doch unbenommen, falls sie es für erforderlich erachten, mit dem mit Erledigung des Auftrags betrauten Beamten persönlich in Verbindung zu treten, um etwaige besondere Wünsche in bezug auf die Ausführung des Auftrags zu betonen.

Vorsteher des Amtes ist der Direktor, der durch den Justizamtmannt unterstützt und vertreten wird.

Das Amt besteht aus den folgenden acht Abteilungen:

I. Des Sekretariats. Die Abteilung ist der Direktion zur Unterstützung und event. Vertretung beigegeben. Ihr sind in der Hauptsache die verwaltungstechnischen Arbeiten übertragen.

II. Für Zustellungen. Durch die Abteilung wird die Ausführung der von dem Gerichtsvollzieheramt zu bewirkenden Zustellungen veranlasst. Ausser gerichtlichen Zustellungen werden auch Zustellungen von Willenserklärungen (§ 182 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) besorgt. Zu den Willenserklärungen gehören insbesondere die Auforderungen, Verzicht, Anzeigen, Kündigung von Hypothekposten und Wohnungen usw.

III. Für Zwangsvollstreckungen in gerichtlichen Sachen. Zur Zwangsvollstreckung auf Grund gerichtlicher Titel gehören insbesondere die Beitreibung von Geldforderungen, die Wegnahme von Sachen, Räumung von Wohnungen usw., Beseitigung des Widerstandes des Schuldners gegen die Vornahme einer Handlung, Verlastungen zum Zwecke der Erzwingung der Leistung des Offenbarungseides oder in Vollziehung des persönlichen Sicherheitsarrestes, zwangweise Vorfürhungen, Vollziehung von Arresten in Schiffen usw.

Die Abteilungen II und III haben ein gemeinsames Annahmebureau, in dem die eingehenden Aufträge angenommen, geprüft und eingetragen werden. Eilbedürftige Aufträge, wie Arreste, Zwangsvollstreckungen gegen Durchreisende oder Auswanderer usw. werden erforderlichenfalls sofort erledigt. Zu diesen Zwecken werden stets einige Gerichtsvollzieher am Bureau bereit gehalten. Die übrigen Aufträge gelangen nach am Tage des Eingangs in die Hände der mit ihm ein räumlich zusammenliegender Arbeitsbezirk zugewiesenen. Die letztgenannten Beamten haben sich zu bestimmten Tageszeiten am Bureau des Amtes einzufinden, um die erledigten Aufträge und die eingezogenen Gelder abzurufen und die neuen Aufträge entgegenzunehmen. Die bei den Abteilungen II und III eingerichteten Registraturen sorgen für die pünktliche Abendung der erforderlichen Mitteilungen, Anzeigen, Abschriften usw. an die Beteiligten.

IV. Der Abteilung IV ist die Verwaltung der Versteigerungshallen an der Drehbahn unterstellt. Auch hat diese Abteilung für die Versteigerung der in der Handliedern vorhandenen Gegenstände zu sorgen. Zur Aufbewahrung von Handliedern, sowie zur Abhaltung der Versteigerungen steht dem Gerichtsvollzieheramt das neuerbaute Versteigerungs- und Lagerhaus an der Drehbahn zur Verfügung.

V. Die Abteilung V hat die Versteigerung sämtlicher zum Verkauf kommender gepfändeter Gegenstände sowie der bei den Handliedern verbleibenden und nicht eingekauften Pfänder, den Handverkauf (§ 1228 ff. des Bürgerl. Gesetzbuchs), die Versteigerungen, die kraft gesetzlicher Ermächtigung zur Realofferte eines Auktions (z. B. §§ 385, 966, 1219 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs und §§ 373, 379, 388, 967 des Handelsgesetzbuchs) oder zur Regelung von Rechtsverhältnissen erfolgen, sowie alle sonstigen freiwilligen Versteigerungen zu veranlassen. Das Gerichtsvollzieheramt ist zuständig, Versteigerungen beweglicher Sachen und solcher Rechte, für welche die auf Grundstücke sich beziehenden Vorschriften nicht gelten, auch dann vorzunehmen, wenn es sich nicht um durch Gesetz vorgeschriebene öffentliche Versteigerungen handelt. Der Abteilung V liegt ferner die eines Konkursverzeichnisses und Inventar in den Fällen der §§ 186, 129 der Konkursordnung und der §§ 1085, 1372, 1528, 1550, 1640 Abs. 2, 1667 Abs. 2, 1692, 1760 Abs. 1, 1802 Abs. 8, 1897, 1915, 1960, 2002 ff. 2121, 2215 und 2314 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ob.

VI. Abteilung für Zwangsvollstreckungen im Verwaltungswesen.

Diese Abteilung erliegt die auf Ersuchen hamburgischer und auswärtiger Behörden, der Berufsgenossenschaften und sonstigen mit Zwangsvollstreckungsbefugnis ausgestatteten Anstalten im Verwaltungswege vorzunehmenden Zwangsvollstreckungen gegen Gerichtskosten, Steuern, Zollgebühren, die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften und Innungen und wegen sonstiger Abgaben usw.

VII. Abteilung für das Kassenswesen.

Diese Abteilung führt die Hauptkasse, welcher alle dem Gerichtsvollzieheramt zugehenden Gelder zufließen. Die Einzahlung geschieht nach der Geschäftsordnung teils unmittelbar durch die Zahlungspflichtigen (so insbesondere im Verwaltungswege), teils durch die Zahlungspflichtigen (so insbesondere im Annahmebureau und der mit der Einziehung betrauten Beamten). Die Auskehrung an die Berechtigten erfolgt durch bare Auszahlung, durch Banküberweisung, durch Überweisung mit Postanweisung oder Überweisung auf Postbescheckkonto, je nach den Wünschen der Empfangsberechtigten.

VIII. Der Abteilung VIII ist das umfangreiche Kontroll- und Rechnungswesen übertragen worden.

Zölle und Verbrauchsabgaben.

Das ursprünglich von deutschen Kaisern als Regal in Anspruch genommene Recht, Zölle zu erheben, war im Laufe der Jahrhunderte mit dem zunehmenden Verfall der kaiserlichen Macht teils im Wege der Verleihung, teils durch einander sperrten diese sich ab, auch innerhalb ihrer Grenzen wurde vielfach der Verkehr von Landschaft zu Landschaft, von Ort zu Ort durch Zollstraßen unterbunden. Noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein bot Deutschland das Bild einer von zahllosen Zolllinien durchschnittenen jeder volkswirtschaftlichen Zusammenfassung ermangelnden Staatsgemeinschaft.

Erst unter Preussens Führung gegründete deutsche Zollvereine schaffte Wandel. Durch dieses, in einer Reihe von Einzelverträgen seit 1828 stufenweise zu Stande gekommene, wiederholt in Frage gestellte, aber immer wieder bestätigte Einzelstaaten Bündnis wurde unter Ausschluss der zweiten deutschen Grossmacht Österreich ein geschlossenes deutsches Zoll- und Handelsgebiet geschaffen, das von keinen inneren Zollstraßen durchzogen, sondern von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze umschlossen war; die Zölle wurden für die Bildung einer von zahllosen Zolllinien durchschnittenen jeder volkswirtschaftlichen Staaten jedoch - darunter Hamburg - blieben dem Zollverein fern.

Nachdem der Zollverein durch die Kraft der in ihm verkörperten wirtschaftlichen Notwendigkeit auch den Krieg von 1866 - zwar nicht nach den Sätzen des Völkerrechts, aber tatsächlich - überdauert hatte, wurde bei der politischen Neugestaltung Deutschlands zunächst durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes eine innigere jetzt nicht mehr vertrags- sondern verfassungsmässige Zollgemeinschaft zwischen den zum Bunde gehörigen Staaten, jedoch wieder mit Ausnahme der Hansestädte, begründet und demnach durch Vertrag vom 8. Juli 1867 die Zollvereinigung mit den norddeutschen Staaten wieder hergestellt. Die Verfassung des deutschen Reichs vom 16. April 1871, die auch für die städtischen Staaten das Zollvertragsverhältnis in eine verfassungsmässige Zollgemeinschaft umwandelte, wurde durch die Verfassung des Reichs vom 11. März 1878 im übrigen die zollrechtlichen Bestimmungen der Norddeutschen Bundesverfassung unangewendet gelassen. Die Einzelstaaten erhoben durch ihre eigenen Zollbehörden die Zölle für Rechnung des Reichs und lieferten sie mit gewissen Auslagen für die Verwaltungen der Zollämter, welche in der Reichsbeamten - die „Stationskontrolleure“ und die ihnen vorgesetzten „Reichs- bezollungsbefugten für Zölle und Steuern“ - die er den Zollämtern und den Direktionsbeamten der Einzelstaaten beauftragt. Bezüglich der Hansestädte Bremen und Hamburg (Lübeck hatte seine Sonderstellung im zwischen aufgegeben), bestimmte Artikel 34 der Reichsverfassung, dass sie mit einem dem Zweck entgegengesetzten Besondere Zollgrenze liebten sollten, bis sie ihren Einschluss in diese beantragten würden.

So blieb die Stadt Hamburg mit ihrer Umgebung, insbesondere mit Altona und Wandsbek, trotz ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich noch eine Reihe von Jahren ausserhalb der Zollgemeinschaft. Als Entgelt für die seinem städtischen und umliegenden Gebiet zugute kommende Zollbefreiung zahlte die hamburgische Staat eine nach der Zahl seiner zollmässigen Einwohner bemessene jährliche Abfindungssumme (das „Aversum“) ans Reich. Für die Waren bestand in über Hamburg nach dem deutschen Zolllande eingehenden stehende „Veretnsländische Hauptzollamt“ mit grösseren preussischer Aufsicht, namentlich an den Bahnhöfen und der Oberelbe. Im Zolllande befand sich für die hamburgische Industrie, die ihre hier aus zollmässigen oder verzollten ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten hergestellten Waren zollfrei ins Zollland verschicken konnte. An Stelle des deutschen Zolles erhob Hamburg Akzise. Dieser unterlag Brotstoffe, Getränke und Fleisch, welche in der Stadt und einigen Vororten (ausgenommen insbesondere die Vorstadt St. Pauli) verzehret wurden. Sie wurde teils als Eingangszabgabe, teils als Mahl- und Brausteuer, teils als Schank- und Gewerbesteuer erhoben (vergl. revidierte Konsumtions-Akzise-Verordnung und Akzise-Tarif vom 20. Dezember 1861, aufgehoben durch Gesetz vom 16. Juli 1888).

Der Ausschluss der beiden wichtigsten Hansestädte aus dem deutschen Zollgebiet wurde in immer weiteren Kreisen als ein nationaler und wirtschaftlicher Missstand empfunden. Nach längeren Verhandlungen kam die von Vertretern des preussischen Finanzministers, des Reichskanzlers und des hamburgischen Senats abgeschlossene von Bundesrat genehmigte Vereinbarung vom 26. Mai 1883 ähnlich für Bremen zustande, nach der das Wohngebiet der Stadt Hamburg gleichzeitig mit den angrenzenden preussischen Gebietsteilen

Plastic Covered Document Illegible

den
Ses
besi
Geb
Geb
Zoll
der
Lag
Eini
Die
tibe
hatt
Ges
Ang
Spät
retu
auf
Ven

brin
Sach
Zoll
mit
Bau
15 C
18
Schi
Port
Haf
Eise
nord
auf
Spei
18
soda
gebi
schic
17,8
erlä

veru
fess
und
Best
ber
nom

Begr
zu u
an d
Teil
der
die
Koh
Eise
von
verb
Neb
Haf
2,69

die
erfo
verz
stan
in A
ist
lan
ins
die
Gre
Waf
und
Zeit
late
Zoll
gese
des
auch
von
Gre
der
Kad
ein
Hau
deu
de

Unt
der
die
Zoll
we
Flay
nah
Feb
auf
Zoll
die
war
Zoll
Bes
von

teill
Die
zerr
men
Für
Abf
ein
Jon
son
für
Ein